

Wahlprüfsteine 2021

Wahlprüfsteine des Deutschen Allergie- und Asthmabundes für die Bundestagswahl 2021

Der Deutsche Allergie- und Asthmabund e.V. setzt sich als älteste Patientenvertretung Deutschlands seit 125 Jahren für die Patient*innen mit allergischen Erkrankungen und ihre Familien ein. Allergische Erkrankungen nehmen seit vielen Jahren zu. Um den Alltag mit Allergien, Asthma, Neurodermitis und Urtikaria möglichst beschwerdefrei und lebenswert zu gestalten, brauchen Betroffene neben Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention insbesondere eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung.

Die anstehende Wahl bewegt viele Verbraucher*innen

und viele Patienten*innen. Als Vertretung der Patienteninteressen hat der DAAB Wahlprüfsteine aufgestellt und sie in diesem Bundestagswahljahr unter das Motto PRÄVENTION & VERSORGUNG gestellt. Dabei steht die Vorbeugung von allergischen Erkrankungen im Vordergrund. Wir wollten von den demokratischen Parteien konkret erfahren, welche Unterstützung und Versorgung sie den betroffenen Bundesbürger*innen künftig bieten wollen und was sie zur besseren Versorgung der Betroffenen beitragen wollen.

Leider haben (noch) nicht alle Parteien unsere Fragen beantwortet. Die uns erreichten Antworten finden Sie nachfolgend:

Fragen des DAAB an die Parteien:

Frage 1

Wie wird Ihre Partei sich einsetzen, um **die Diagnostik** bei allergischen Erkrankungen zu verbessern und eine **frühzeitige Allergie-Diagnostik und ärztliche Behandlung** in Deutschland zu fördern?

Frage 2

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die **Versorgung der Neurodermitiker*innen verbessert** und beispielsweise **die Basistherapie zur Hautpflege** bei Neurodermitis erstattet wird?

Frage 3

Welche Maßnahmen will Ihre Partei umsetzen, um die Aufnahme des Themas „**Notfallmanagement bei Anaphylaxie**“ in Erste Hilfe-Trainingskurse/Schulungen von Erzieher*innen und Lehrer*innen zu gewährleisten?

Frage 4

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um eine **einheitliche Kennzeichnung** für das unbeabsichtigte Allergieauslöser in verarbeiteten Lebensmitteln („**Spuren**“-Kennzeichnung) sowie **Grenzwerte** zu deren Beurteilung zu etablieren und wie wird eine verbesserte **Allergeninformation** bei loser Ware erreicht?

Frage 5

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Einstufung nicht gekennzeichnete unbeabsichtigter **Allergeneinträge als Gesundheitsrisiko** bei Überschreitung der ALS-/ALTS Aktionswerte durchzusetzen und wie sollen die Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung an Verbraucher*innen kommuniziert werden?

Frage 6

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische **Versorgung der Duftstoff-sensiblen Patient*innen** zu verbessern (auch als Kassenleistung) und wird sich Ihre Partei für den Ausbau der Umweltmedizin bei der ärztlichen Ausbildung einsetzen?

Frage 7

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die **Raumbeduftung** in Krankenhäusern, öffentlichen Verkehrsmitteln, Behörden, Schulen, Pflegeeinrichtungen zu verbieten bzw. zu regulieren und **allergieauslösende Stoffe** in Kinderkosmetika, Spielzeug, Bastel- und Schulmaterialien zu verbieten?

Frage 8

Welche konkreten Maßnahmen und Anpassungsstrategien möchte Ihre Partei umsetzen, um die **gesundheitlichen Risiken für allergische Erkrankungen** und deren Verlauf **als Folge des Klimawandels** zu senken?

Wahlprüfsteine 2021

Frage 1

Wie wird Ihre Partei sich einsetzen, um **die Diagnostik bei allergischen Erkrankungen zu verbessern und eine frühzeitige Allergie-Diagnostik und ärztliche Behandlung in Deutschland zu fördern?**

CDU/CSU: keine Antwort

SPD: Eine schnelle und verlässliche Diagnose ist für Patientinnen und Patienten Grundlage für eine gute medizinische Behandlung. Die Dauer der Diagnostik und die Treffsicherheit der Diagnose sind deshalb wichtige Kriterien und Voraussetzung für eine gute Behandlungsqualität. Schnellere und bessere Diagnosen sind in erster Linie Sache der ärztlichen Aus- und Weiterbildung. Aber auch die Qualitätssicherung ist direkt betroffen. Die SPD ist immer die treibende Kraft bei der Weiterentwicklung der Qualitätssicherung gewesen. Aus der Perspektive der Patientinnen und Patienten ist es wichtig, mehr Transparenz über die Qualität ärztlicher Leistungen zu haben. Deshalb werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Patientinnen und Patienten alle Informationen bekommen, um die besonders guten Ärztinnen und Ärzte identifizieren zu können

FDP: keine Antwort

Die Linke: Allergien können jede*n treffen, plötzlich auftauchen und schwere Langzeitschäden hervorrufen, wenn sie nicht angemessen diagnostiziert werden. Entsprechend ist es wichtig, dass alle ärztlichen Fachrichtungen, insbesondere Hausärzt*innen die Anzeichen einer Allergie erkennen und falls notwendig die Patient*innen einer spezialisierten Behandlung zuführen. Allergologie sollte daher im Medizinstudium und in der allgemeinmedizinischen Weiterbildung und in Fortbildungen aufgewertet werden. Unterbelichtet ist nach wie vor der Bereich Prävention. Viele Zusammenhänge bei der Entstehung von Allergien oder möglichen Schutzmechanismen sind bis heute nicht bekannt. Hier fordern wir mehr staatliche Forschung, über krankmachende und gesundheitsfördernde Einflussfaktoren und sinnvolle Präventionsmaßnahmen im Elternhaus, in der Kita, am Arbeitsplatz etc.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir wollen darauf hinwirken, dass die Diagnostik ein Bestandteil des DMP Allergien wird. Außerdem wollen wir GRÜNE interdisziplinär

arbeitende Zentren für Diagnostik, Therapie, Beratung und Schulung im Bereich der allergischen Erkrankungen etablieren. Gleichzeitig wollen wir den Zugang zu Diagnostikallergenen für die Versorgung allergologischer Patient*innen sicherstellen.

Frage 2

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die **Versorgung der Neurodermitiker*innen verbessert und beispielsweise die Basistherapie zur Hautpflege bei Neurodermitis erstattet wird?**

CDU/CSU: keine Antwort

SPD: Patientinnen und Patienten, die unter Neurodermitis leiden, sind darauf angewiesen, dass sie ständig eine Basispflege für ihre sehr trockene Haut verwenden, die frei von Duft- und Konservierungsstoffen oder anderen potentiellen Allergenen sind. Diese Basispflege ist teuer, wird aber von den Krankenkassen nur für Patientinnen und Patienten bis 12 Jahre bezahlt. Verschreibungsfreie Arzneimittel, sog. OTCs, sind grundsätzlich von der Erstattung durch Krankenkassen ausgeschlossen. Bezahlt werden jedoch verschreibungsfreie Arzneimittel die bei der Behandlung schwerwiegender Erkrankungen als Therapiestandard gelten. Die entsprechende Ausnahmeliste mit OTCs, die von den Krankenkassen bezahlt werden, wird vom Gemeinsamen Bundesausschuss formuliert, der bisher eine Aufnahme der Basistherapeutika zur Behandlung von Neurodermitis abgelehnt hat. Die SPD setzt sich dafür ein, dass für alle Neurodermitiker eine gute Versorgung auch mit Basistherapeutika verfügbar und bezahlbar ist. Das betrifft Pflegemittel für Neurodermitis, nicht jedoch normale Kosmetika.

FDP: keine Antwort

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir GRÜNE wollen darauf hinwirken, dass die Medikamente (Antihistaminika und Glukokortikoide) und die leitlinienkonforme Basistherapie bei Neurodermitis erstattungsfähig auch für Patient*innen nach dem 12. Lebensjahr ausgewiesen werden.

Wahlprüfsteine 2021

DIE LINKE: Ja. DIE LINKE setzt sich seit Langem für eine Ausweitung des Leistungskatalogs in der GKV ein. Das betrifft etwa medizinisch notwendige nichtrezeptpflichtige Arzneimittel und würde auch verordnete anti-allergische Arzneimittel wie Cetirizin und Loratadin betreffen. Wichtig ist zudem die Erstattung nichtärztlicher Behandlungen wie die Ernährungstherapie bei Lebensmittelallergien. Auch die Versorgung mit notwendigen Hilfs- und Verbandmitteln wollen wir vereinfachen (z.B. Abschaffung des Antragsverfahrens) und das Hilfsmittelverzeichnis aktualisieren. Auch für die angezeigte Basistherapie bei Neurodermitis mit sinnvollen Pflegeprodukten fordern wir seit Langem die Aufnahme in den Leistungskatalog der Krankenkassen. Schließlich darf für die Versorgung nicht der rechtliche Status des Produkts entscheidend sein, sondern der Nutzen für die Patient*innen. Mit unserem Modell einer Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung (Bürgerversicherung) würden grundsätzlich alle medizinisch und pflegerisch notwendigen Leistungen übernommen, Zuzahlungen und Eigenanteile entfallen.

Frage 3

*Welche Maßnahmen will Ihre Partei umsetzen, um die Aufnahme des Themas „**Notfallmanagement bei Anaphylaxie**“ in Erste Hilfe-Trainingskurse/Schulungen von Erzieher*innen und Lehrer*innen zu gewährleisten?*

CDU/CSU: keine Antwort

SPD: Eine schnelle Notfallbehandlung im Fall eines anaphylaktischen Schocks kann Leben retten und sollte deshalb in Betrieben aber auch in Schulen und Kindergärten von Ersthelfer*innen beherrscht werden. Grundsätzlich ist die Schulung von Lehrer*innen und Erzieher*innen allerdings Sache der Bundesländer. Der Bund hat hier keinerlei Gesetzgebungskompetenz. Die Einrichtung einer wirksamen Erste-Hilfe Organisation an Schulen liegt im Verantwortungsbereich der Landesschulgesetze. In den meisten Fällen obliegt der Schulleitung die Verantwortung diese Organisation zu übernehmen und eine ausreichende Anzahl an Lehrkräften zu Ersthelferinnen und Ersthelfern auszubilden. Ebenso gehört die Bereitstellung von ausreichendem Erste-Hilfe Material zu dieser Aufgabe. Diese Aufgabenteilung hat sich den allermeisten Fällen als sinnvoll erwiesen.

FDP: keine Antwort

DIE LINKE: Wir stimmen zu, dass die Anaphylaxie in den Erste-Hilfe-Kursen eine besondere Rolle spielt. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang auch die Etablierung von Schoolnurses. Konzepte hierzu sind in einigen Bundesländern bereits erfolgreich erprobt worden. Daher sollten unseres Erachtens Schoolnurses flächendeckend eingesetzt werden. Dies wäre auch eine Entlastung für die Lehrkräfte, nicht zuletzt auch haftungsrechtlich.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir sprechen uns dafür aus, das öffentliche Angebot von Notfallversorgung bei Anaphylaxie in Kindergärten und Schulen zu fördern. Dies kann erreicht werden zum Beispiel durch Adrenalin-Autoinjektoren in Schulen, Kitas und Horte sowie Schulungsangebote für Kinderbetreuer*innen zur richtigen Anwendung dieser Autoinjektoren. Außerdem halten wir GRÜNE es für notwendig, die Anaphylaxie in die Ausbildung von Ersthelfer*innen und in Erste-Hilfe -Kursen zu verankern.

Frage 4

*Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um eine **einheitliche Kennzeichnung** für das unbeabsichtigte Allergieauslöser in verarbeiteten Lebensmitteln („**Spuren**“-**Kennzeichnung**) sowie **Grenzwerte** zu deren Beurteilung zu etablieren und wie wird eine verbesserte **Allergeninformation** bei loser Ware erreicht?*

CDU/CSU: keine Antwort

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir GRÜNE halten die bisherige „Spuren“-Kennzeichnung für unbefriedigend, da sie nicht verlässlich ist und für Allergiker*innen oft zu unangemessenen Einschränkungen führt. Daher sprechen wir uns für eine gesetzliche Regelung für unbeabsichtigte Allergeneinträge und die Einführung gesundheitsrelevanter Referenzdosen als Schwellenwerte aus, die möglichst auf EU-Ebene eingeführt werden sollte. Eine verbesserte Allergen Kennzeichnung bei loser Ware wollen wir durch die konsequente Umsetzung der gesetzlichen Allergeninformation bzw. deren Kontrolle durch die Lebensmittelüberwachung erreichen. Hierfür sind auch Schulungsmaßnahmen – sowohl bei Anbieter*innen als auch bei den Kontrolleure*innen – sinnvoll.

Wahlprüfsteine 2021

SPD: (Frage 4 und 5 wurden zusammenbeantwortet) Für lose Ware fordern wir dringend eine Überprüfung der Erfahrungen mit der in Deutschland bisher möglichen mündlichen Information, denn aus unserer Sicht besteht die Gefahr von Fehlinformationen. So kann die mündliche Information ein Risiko für Allergiker*innen bergen, und zudem eine Überforderung des informierenden Personals darstellen. Für den Verbraucherschutz wäre die Vereinheitlichung der Spurenkennzeichnung durch Definition von Schwellenwerten für maximal tolerierbare Spuren, unterhalb derer eine Spurenkennzeichnung nicht angezeigt ist, hilfreich. Denn Spuren von allergenen Stoffen werden oft vorsorglich deklariert, um möglichen Haftungsansprüchen entgegenzuwirken. Für Allergiker*innen kann dies zwar wichtiger Hinweis sein, oft aber auch zu unnötigen Einschränkungen führen. Die Festlegung solcher Schwellenwerte ist jedoch schwierig, verschiedene Faktoren spielen eine Rolle, wie z. B. die gesundheitlichen Bedenken mit Blick auf besonders empfindliche Allergiker*innen, zuverlässige und praktikable Analysen und Haftungsfragen. Wir setzen uns für eine Verstärkung der Forschung ein, wissenschaftlich gesicherte Daten über allergieauslösende Lebensmittel-mengen sind für die Festlegung von Schwellenwerten unbedingt erforderlich. Was die Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung angeht, so treten wir seit langem für eine grundsätzliche Veröffentlichung aller für Verbraucher*innen relevanten Überwachungsergebnisse ein. Sie sollten leicht verständlich und leicht zugänglich z.B. im Internet kommuniziert werden.

FDP: keine Antwort

DIE LINKE: DIE LINKE wird sich für einheitliche und rechtlich verbindliche Vorschriften für die Kennzeichnung von Spuren bekannter Allergene, die unbeabsichtigt in verarbeitete Lebensmittel gelangt sind, einsetzen. Da bei manchen Menschen bereits leichte Spuren allergener Stoffe schwere gesundheitliche Reaktionen hervorzurufen können, halten wir eine Auslösedosis, die nur 99 % der von der jeweiligen Allergie betroffenen Personen schützen würde, für nicht ausreichend. Wir wollen alle Menschen schützen. Daher sprechen wir uns für "Nulltoleranz" aus. Außerdem wollen wir, dass auch bei loser Ware schriftlich und vor Abgabe des Lebensmittels an die Kund*innen über allergene Inhaltsstoffe informiert wird. Eine mündliche Information erst nach

Aufforderung halten wir für nicht ausreichend.

Frage 5

*Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Einstufung nicht gekennzeichnete unbeabsichtigter **Allergeneinträge als Gesundheitsrisiko** bei Überschreitung der ALS-/ALTS Aktionswerte durchzusetzen und wie sollen die Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung an Verbraucher*innen kommuniziert werden?*

CDU/CSU: keine Antwort

SPD: (Frage 4 und 5 wurden zusammenbeantwortet)

FDP: keine Antwort

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn gesundheitsrelevante Funde von Allergenen durch die Lebensmittelüberwachung festgestellt werden, sollten Verbraucher*innen sowie Patientenorganisationen darüber informiert werden, unabhängig davon, ob das nachgewiesene Allergen als Zutat oder unbeabsichtigt im Lebensmittel enthalten ist. Außerdem sprechen wir GRÜNE uns für eine Meldepflicht für anaphylaktische Reaktionen auf Lebensmitteln aus.

DIE LINKE: Zur Durchsetzung von Verbraucherrechten bedarf es rechtsverbindlicher Vorgaben, analytische Kontrollmöglichkeiten der staatlichen Kontrollbehörden und Labore sowie eine personell, strukturell gut ausgestattete Lebensmittelkontrolle in Deutschland. Dafür setzt sich DIE LINKE ein. Gleichwohl ist es nach unserer Auffassung vorrangig Aufgabe der Unternehmen, Lebensmittelallergien durch von ihnen verwandte Inhaltsstoffe auszuschließen. Diese haben die Verantwortung dafür zu tragen, dass Verbraucher*innen nicht zu Schaden kommen. DIE LINKE will, dass alle positiven und negativen Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung auf einer barrierefreien Internetplattform verständlich veröffentlicht werden.

Wahlprüfsteine 2021

Frage 6

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische **Versorgung der Duftstoff-sensiblen Patient*innen** zu verbessern (auch als Kassenleistung) und wird sich Ihre Partei für den Ausbau der Umweltmedizin bei der ärztlichen Ausbildung einsetzen?

CDU/CSU: keine Antwort

SPD: Die SPD hat in der vergangenen Legislaturperiode viele Maßnahmen angestoßen, um die medizinische Versorgung zu verbessern. Das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG), das Digitale Versorgungsgesetz (DVG), das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) und das Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) sind nur einige Beispiele. Wir werden uns auch weiterhin auf allen Ebenen, insbesondere für eine bessere Versorgung chronisch Kranker einsetzen. Grundsätzlich haben alle gesetzlich Versicherten Anspruch auf medizinisch notwendige Leistungen. Im Rahmen dieses Anspruchs regelt der Gemeinsame Bundesausschuss die Einzelheiten auch zur Weiterentwicklung des Leistungskatalogs. Dieses Selbstverwaltungsprinzip hat für die SPD einen hohen Stellenwert. Die Bedeutung der Umweltmedizin hat nach Auffassung der SPD in den vergangenen Jahren ständig zugenommen. Wir unterstützen deshalb alle Anstrengungen, um der Umweltmedizin im Rahmen der ärztlichen Aus- und Weiterbildung einen angemessenen Stellenwert einzuräumen.

FDP: keine Antwort

DIE LINKE: Nach unserer Kenntnis ist bei duftstoffsensiblen Menschen die Prävention, also etwa weniger/keine Duftstoffe in öffentlichen Räumen deutlich wichtiger als die medizinische Versorgung. Die Ausbildungsmöglichkeiten sind im Bereich der Gesundheitswissenschaften nach wie vor nicht auf dem Niveau vieler anderer Staaten. Auch die Umweltmedizin erfährt noch immer nicht die Aufmerksamkeit. DIE LINKE fordert, mehr entsprechende Lehrinhalte in die Ausbildungscurricula aufzunehmen und unterstützt Bemühungen der Länder bzw. Ärztekammern, die diese Inhalte in der Fort- und Weiterbildung stärker verankern möchten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir GRÜNE sprechen uns im Sinne des vorsorgenden Gesundheitsschutzes für ein umfassendes Aktionsprogramm Allergien aus. Dieses Aktionsprogramm soll zum effektiven Schutz der Bevöl-

kerung vor Allergien und allergischem Asthma beitragen. Dazu gehören auch verpflichtende Fortbildungsprogramme zu allergischen Erkrankungen für Hausärzt*innen, Kinderärzt*innen sowie weitere fachärztliche Gruppen.

Frage 7

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die **Raumbeduftung in Krankenhäusern, öffentlichen Verkehrsmitteln, Behörden, Schulen, Pflegeeinrichtungen zu verbieten bzw. zu regulieren und allergieauslösende Stoffe in Kinderkosmetika, Spielzeug, Bastel- und Schulmaterialien zu verbieten?**

CDU/CSU: keine Antwort

FDP: keine Antwort

SPD: Bei den allergieauslösenden Stoffen in den genannten Gegenständen handelt es sich um ein Thema, das aus unserer Sicht europäisch gelöst werden soll. Hierfür werden wir uns weiterhin einsetzen. Beispielsweise hat die Europäische Kommission am 11. Dezember 2020 die Spielzeugrichtlinie geändert und die Liste der 55 verbotenen Duftstoffe um Atranol, Chloratranol und Methylheptincarboxat in Spielzeug und Spielzeugmaterialien erweitert.

Zusätzlich sehen die neuen Regeln vor, dass 61 weitere allergene Duftstoffe in Spielzeug, wenn sie mehr als 100 Milligramm pro Kilogramm ausmachen, auf dem Spielzeug durch ein entsprechend aufgeklebtes Etikett, auf der Verpackung oder auf einem Beipackzettel ausgewiesen werden müssen. Bzgl. des Verbots der Beduftung planen wir keine konkreten Maßnahmen.

DIE LINKE: Wenn die Raumbeduftung zu allergischen Reaktionen führt, darf sie nicht verwendet werden. In dem Falle würden wir sie verbieten, dies gilt sowohl für private als auch öffentliche Einrichtungen. Der Gesundheitsschutz der Menschen ist uns ein hohes Gut.

Für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, wo sich besonders vulnerable Menschen zusammenfinden, sollte jede Beduftung tabu sein und allergenarme Reinigungsmittel selbstverständlich sein.

Wenn das durch die Selbstverwaltung nicht eigeninitiativ gewährleistet wird, befürwortet DIE LINKE eine gesetzliche Klarstellung.

Wahlprüfsteine 2021

DIE LINKE setzt sich darüber hinaus seit längerem dafür ein, dass Inhaltsstoffe in Kinderprodukten (Produkte mit denen Kinder typischerweise oft in Berührung kommen und die sie in den Mund nehmen), die Allergien auslösen, die Hormone schädigen oder krebsauslösend sind, verboten werden. Hierfür sind nationale Vorschriften jedoch nicht ausreichend, sondern sind auch europäische Regelungen zu ändern.

Frage 8

*Welche konkreten Maßnahmen und Anpassungsstrategien möchte Ihre Partei umsetzen, um die **gesundheitlichen Risiken für allergische Erkrankungen** und deren Verlauf als **Folge des Klimawandels** zu senken?*

CDU/CSU: keine Antwort

SPD: Der Klimawandel kann zu einer Zunahme weiterer Extremwettererscheinungen mit direkter, potentieller Gesundheitsbedeutung führen. Wir sind uns bewusst, dass die hierdurch ausgelösten gesundheitlichen Auswirkungen physischer und psychischer Art sein können. Daneben können indirekte gesundheitliche Auswirkungen und Risiken auftreten, wozu auch das veränderte bzw. verlängerte Auftreten biologischer Allergene (zum Beispiel Pollen) gehören kann. Um dem angemessen zu begegnen, streben wir die schnellstmögliche Klimaneutralität an. Auch für die gesundheitliche Versorgung wird es im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu neuen Herausforderungen kommen. Wir werden uns z.B. darauf einstellen müssen, mit neuen Allergenen aber auch mit neuen Viruserkrankungen konfrontiert zu sein. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass klimabedingte Gesundheitsrisiken in der ärztlichen Aus- und Weiterbildung stärker berücksichtigt werden.

FDP: keine Antwort

DIE LINKE: Der Klimawandel hat vielfältige negative Auswirkungen auf die Gesundheit. Das Gesundheitssystem muss sich darauf einstellen, dass allergische Erkrankungen zunehmen werden. Dafür fordern die oben beschriebene Sensibilisierung aller Behandelnden sowie von Lehrkräften, Erzieher*innen etc. sowie die Ausweitung des Leistungskatalogs in der gesetzlichen Kranken-

versicherung. DIE LINKE will Pariser Klimaziele durchsetzen und hat ein Programm vorgelegt, wie Wirtschaft und Gesellschaft bis 2030 klimaneutral werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir GRÜNE wollen darauf hinwirken, dass bei Neupflanzungen in Kommunen Baum- und Straucharten mit geringerem Allergierisiko bevorzugt werden. Bei Städteplanung und Städtebegrünung muss die allergene Relevanz der Pflanzen ebenso stärker berücksichtigt werden wie bei in den Klimaanpassungsplänen wie der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel und in konkreten Maßnahmen des Aktionsplans Anpassung (APA). Die Inhalte des Aktionsplans müssen um konkrete Maßnahmen gegen allergieauslösende Neophyten und klimabedingte Ursachen für die Entstehung von allergischen Erkrankungen ergänzt werden. Der APA muss Empfehlungen für Allergiker*innen und das medizinische Personal beinhalten, sowohl zur Primärprävention von allergischen Erkrankungen auf neue Allergene als auch zur Diagnostik und Karenz der Allergieauslöser. Die Inhalte des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit müssen um konkrete Maßnahmen zur Reduktion der Belastung der Bevölkerung mit allergenen Pollen ergänzt werden.